

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0572/05 Öffentlichkeitsstatus öffentlich	Datum 03.11.2005
Eigenbetrieb V	St. Kli.		

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	15.11.2005	nicht öffentlich	Kenntnisnahme
Betriebsausschuss Städtisches Klinikum	23.11.2005	öffentlich	Beratung
Stadtrat	15.12.2005	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligte Ämter FB 02	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		x
	KFP		x
	BFP		x

Kurztitel

Wirtschaftsplan 2006 des Städtischen Klinikums Magdeburg

Beschlussvorschlag:

1. Der Wirtschaftsplan des Städtischen Klinikums Magdeburgs 2006 wird entsprechend der Anlage wie folgt festgesetzt und beschlossen:
 - 1.1 Im Bereich des Erfolgsplanes mit Aufwendungen in Höhe von 135.393.588 Euro und Erträgen in Höhe von 133.305.874 Euro.
 - 1.2 Im Bereich des Vermögensplanes mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 31.045.000 Euro.
 - 1.3 Mit dem Höchstbetrag für Kassenkredite in Höhe von 16.500.000 Euro.
2. Der Finanzplan 2005 – 2009 des Städtischen Klinikums wird zur Kenntnis genommen.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA		NEIN	X

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen	jährliche Folgekosten/ Folgekosten ab Jahr	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
	keine			
Euro		Euro	Euro	

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm			
veranschlagt:		Bedarf:		veranschlagt:		Bedarf:		veranschlagt:		Bedarf:	
Mehreinn.:				Mehreinn.:				Mehreinn.:			
				Jahr		Euro		Jahr		Euro	
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr				davon Vermögens- haushalt im Jahr							
mit		Euro		mit		Euro					
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen							
				Prioritäten-Nr.:							
Eigenbetrieb				Andreas Padberg Abteilungsleiter Controlling							
Eigenbetriebsleiterin				Dr. Christiane Neumann Unterschrift							

Begründung:

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2006 wurde nach Maßgabe des Eigenbetriebsgesetzes aufgestellt.

Planungsunsicherheiten bestehen insbesondere wegen den noch nicht bekannten Auswirkungen aus dem für das Jahr 2006 gültigen Fallpauschalenkatalog inklusive der damit verbundenen Abrechnungsregeln und Kodierrichtlinien. Die modifizierten Kodierrichtlinien führen u.a. auch zur Ansteuerung anderer Fallpauschalen. Ferner sind zur Simulation der möglichen Erlöseinnahmen des Jahres 2006 Nachkodierungen erforderlich, die noch einen erheblichen zeitlichen Aufwand in Anspruch nehmen werden. Die endgültigen Erlösauswirkungen auf das Geschäftsjahr 2006 lassen sich aus den genannten Gründen noch nicht abschließend beurteilen.

Insofern sind die **Erlöse aus den Krankenhausleistungen** für das Geschäftsjahr 2006 auf der Grundlage des nunmehr mit den Krankenkassen abgeschlossenen vereinbarten Erlösbudgets für das Jahr 2005 einschließlich des Budgets und des Pflegesätze nach § 10 Bundespflegesatzverordnung (BPflV) für die Psychiatrie sowie die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Höhe von T€ 91.042 sowie verabreiteter Ausgleichsregelungen geplant worden. Ferner berücksichtigt die Erlösplanung die im September 2005 vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziales für das Jahr 2006 bekannt gegebene Veränderungsrate gem. § 71 Abs. 3 SGB V in Höhe von 1,41 %.

Die in der Planung für das Geschäftsjahr 2006 enthaltenen Kostenansätze für den **Personalaufwand** basieren auf dem vorhandenen Personalbestand unter Berücksichtigung der ab 1. Oktober 2005 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2007 geltenden tariflichen Neuregelungen. Dabei wurde beachtet, dass jeweils zum 1. Juli der Jahre 2005 bis 2007 der Bemessungsgrundsatz um je 1,5 % an die im Tarifgebiet West geltenden Bezüge angepasst werden. Die Planung 2006 berücksichtigt ferner eine Jahressonderzahlung, die sich aus 61,6% nach den im Jahr 2006 geltenden Regelungen zuzüglich eines dem bisherigen Urlaubsgeld entsprechenden Betrages von 255,65 € sowie eines Kindererhöhungsbetrages von 25,56 € je besitzstandsgesichertem Kind richtet. Bei der Kalkulation der Kosten für Sozialversicherung und Altersvorsorge wurden die in 2005 gültigen Beitragsätze beibehalten.

Hinsichtlich des durch den Zuwachs in den psychiatrischen Bereichen sich rechnerisch ergebenden Personalaufwuchses im Pflegebereich in Höhe von insgesamt 40,6 Vollzeitkräften ist in der Planung 2006 ein Zuwachs von lediglich 34,35 Vollzeitkräften berücksichtigt worden, was einer Personalkosteneinsparung von 250 T€ entspricht.

Im Planansatz für die Personalaufwendungen wurden aufgrund der rückläufigen Leistungsentwicklung sowie der Absenkung des Budgets und dessen Angleichung an den einheitlichen landesweiten Basisfallwert zusätzliche Aufwendungen von 976 T€ für Abfindungen wegen einer notwendigen Reduzierung des Personalbestandes um ca. 56 Vollkräfte berücksichtigt.

Im Planjahr 2006 enthaltene Kostenansätze im **Materialeinsatz** basieren auf den Ist-Kosten je Fall des Halbjahres unter Berücksichtigung der vereinbarten Fallzahlen einschließlich der Aufwüchse der psychiatrischen Einrichtungen. Die aufgrund der Ölpreisentwicklung nicht unbeträchtlich zu erwartenden Preissteigerungen wurden in der Planung des medizinischen Bedarfs, des Verbrauchs an Lebensmitteln und der Medien mit einer Preissteigerungsrate von 2,0 % berücksichtigt. Inwieweit diese Steigerung ausreichend ist bleibt abzuwarten.

Die Planung der **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** beinhaltet neben der nach § 17 b Abs. 5 KHG zu erfolgende Erhöhung des DRG-Systemzuschlages von 0,30 € auf 0,85 € je Fall u.a. auch die nach § 140 d SGB V festgelegte bis zu 1%ige Anschubfinanzierung für die integrierte Versorgung, was letztlich eine zusätzliche Kostenbelastung von insgesamt rd. 750 T€ ausmachen dürfte. Dem steht gegenwärtig ein Vertrag unseres Hauses zur integrierten Versorgung mit einem geschätzten Leistungsvolumen von lediglich T€ 30 gegenüber.

Weitere Details zu einzelnen Planansätzen sind in den Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2006 enthalten, auf die wir an dieser Stelle verweisen.

Der Wirtschaftsplan für das **Geschäftsjahr 2006** schließt bei Gesamterträgen von insgesamt 133.306 T€ und Gesamtkosten von insgesamt 135.394 T€ mit einem **Verlust von 2.088 T€** ab. Hauptursachen für die negative Ertragslage sind neben rückläufigen DRG-Erlösen auch die aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen gestiegenen Personalaufwendungen. In den Budgetverhandlungen des Jahres 2005 haben die Krankenkassen der negativen Ertragssituation durch die Vereinbarung von ergebnisverbessernden Sonderausgleichszahlungen Rechnung getragen. Allein dadurch ergibt sich durch die für 2006 vereinbarte Sonderausgleichszahlung in Höhe von 3,0 Mio€ anstelle eines zu erwartenden Verlustes von insgesamt 5,088 Mio€ nunmehr ein geplanter Verlust von noch 2,088 Mio€. In den darauffolgenden Jahren wurden mit den Krankenkassen weitere Sonderausgleichszahlungen von 2,0 Mio€ für 2007 und 1,0 Mio€ für 2008 vereinbart.

Aus der Simulation der Auswirkungen der **Konvergenzphase** wird unter Berücksichtigung der derzeitigen gesetzlichen Regelungen und der Beibehaltung unseres derzeitigen Leistungsvolumens für unser Haus ersichtlich, dass sich durch die stufenweise Angleichung des hausindividuellen Basisfallwertes an den einheitlichen landesweiten Basisfallwert bis zum Jahr 2010 eine Budgetreduzierung um nahezu zu 10,0 Mio€¹ ergeben dürfte. Insofern ist allein aus diesem Sachverhalt erkennbar, dass eine Fortführung des Hauses ohne einen Fremdausgleich auflaufender Verluste nur mit drastischen kurz- und mittelfristig wirkenden wirtschaftlichen Maßnahmen noch möglich ist.

Anlagen:

Wirtschaftsplan 2006

^{1 1} Die Simulationsrechnung erfolgte auf der Grundlage des landesweiten Basisfallwertes von 2.620,30 € in 2005 bei Unterstellung einer jährlichen Steigerung von 0,2% ab 2007 und einer BAT Ost-West-Angleichung in 2005 und 2006 von 0,54% sowie der gem. § 71 Abs. 3 SGB V festgelegten Steigerungsrate von 1,41% in 2006.